

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel
Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Unterrichtung 19/2
(öffentlich)
Verteiler: Fraktionen, Mitglieder IR,
EU, BIL, UMWÄ

22. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Artikel 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz übersende ich Ihnen beigefügt das Ergebnisprotokoll der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 01. Juni 2017 in Berlin.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Losse-Müller

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

Tagesordnung

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**
- TOP 1.1 Europa**
- TOP 1.2 Austausch zu den Brexit-Verhandlungen**
- TOP 1.3 Asyl- und Flüchtlingspolitik**
- TOP 1.4 Umsetzung Energiewende**
- TOP 1.5 Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus**
- TOP 1.6 Länder- und Kommunalpartnerschaften mit Afrika**
- TOP 1.7 Europäische Leitlinienvorschläge auf dem Gebiet der Corporate Governance – Anforderungen an Mitglieder von Aufsichtsorganen in Finanzinstituten**
- TOP 1.8 Verschiedenes**
- TOP 1.8.a Termine**
- TOP 1.8.b Förderung des herkunftssprachlichen Polnischunterrichts für polnischstämmige Bürgerinnen und Bürger sowie Polinnen und Polen in Deutschland**
- TOP 1.8.c Digitalisierung Filmerbe**
- TOP 2 Glücksspiel - Änderung der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag (VwV GlüStV)**
- TOP 3 Anwendung des neuen Art. 91b GG im Hochschulbereich**
- TOP 4 Berufung von Mitgliedern in den Wissenschaftsrat**
- TOP 5 Unterzeichnung Studienakkreditierungsstaatsvertrag**

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

- TOP 6 Verbesserung des Schutzes vor den Folgen von Naturgefahren**
- TOP 7 Verschiedenes**
- TOP 7.1 Termine**
- TOP 7.2 Standortauswahlgesetz: „Erweiterung des nationalen Begleitgremiums“ – hier: Besetzungsverfahren**
- TOP 7.3 Mobilfunkversorgung in Deutschland – Netzabdeckung verbessern**

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.1 Europa

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.2 Austausch zu den Brexit-Verhandlungen

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.3 Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden Beschluss:

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den Bericht der zuständigen Fachminister von Bund und Ländern zur Umsetzung der am 9. Februar 2017 beschlossenen Maßnahmen zur Rückkehrpolitik zur Kenntnis.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.4 Umsetzung Energiewende

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

**TOP 1.5 Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen
Extremismus**

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.6 Länder- und Kommunalpartnerschaften mit Afrika

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder begrüßen die Impulse der Bundesregierung für eine gestärkte Partnerschaft mit Afrika. Sie sind sich darin einig, dass es eines breit angelegten Diskussionsprozesses darüber bedarf, wie Afrika und Europa angesichts gemeinsamer, neuartiger Herausforderungen neue Dimensionen der Zusammenarbeit entwickeln können.

2. Die Länder kommen überein, ihr vielfältiges Engagement für nachhaltige Entwicklung in Afrika, insbesondere in Form von Länder- und Kommunalpartnerschaften fortzusetzen. Im Austausch mit der Bundesregierung sollen die bisherigen Instrumente sowie bestehende und geplante Projektkooperationen koordiniert weiterentwickelt werden.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

- TOP 1** **Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**
- TOP 1.7** **Europäische Leitlinienvorschläge auf dem Gebiet der Corporate Governance – Anforderungen an Mitglieder von Aufsichtsorganen in Finanzinstituten**

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.8 Verschiedenes

TOP 1.8.a Termine

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden Beschluss:

17. Mai 2018	Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit der Chefin und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder
14. Juni 2018	Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.8 Verschiedenes

**TOP 1.8.b Förderung des herkunftssprachlichen Polnischunterrichts für
polnischstämmige Bürgerinnen und Bürger sowie Polinnen und
Polen in Deutschland**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden Beschluss:

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen ihren Beschluss vom 8. Dezember 2016, ihr Engagement für den herkunftssprachlichen Polnisch-Unterricht fortzusetzen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Kultusministerkonferenz zu prüfen, ob und wie durch geeignete Instrumente der Bedarf an herkunftssprachlichem Polnisch-Unterricht in vergleichbarer Weise ermittelt und für vorhandene Bildungsangebote stärker geworben werden kann.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 1 Vorbereitung der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder**

TOP 1.8 Verschiedenes

TOP 1.8.c Digitalisierung Filmerbe

1. Die Länder nehmen in Aussicht, sich an der Bund-Länder-Initiative zur Digitalisierung des Filmerbes zu beteiligen.
2. Die Länder beauftragen Berlin, bis zur Jahres-MPK mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Filmförderungsanstalt (FFA) und in Abstimmung mit den anderen Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zu entwickeln, in der das Bund-Länder-Konzept konkretisiert wird.
3. In diesem Rahmen nehmen die Länder in Aussicht, bis zur Jahres-MPK die konkreten finanziellen Beteiligungen festzulegen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

**TOP 2 Glücksspiel - Änderung der Verwaltungsvereinbarung
Glücksspielstaatsvertrag (VwV GlüStV)**

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Entwurf der Änderung der Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit der Länder bei der Glücksspielaufsicht nach § 9 Absatz 3, die ländereinheitlichen Verfahren nach § 9 a und die Einrichtung des Fachbeirats nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag (Stand: 26. Mai 2017) zur Kenntnis.
2. Sie beschließen, die Änderung der Verwaltungsvereinbarung nach Vorliegen der jeweiligen haushalts- und verfahrensmäßigen Voraussetzungen im Umlaufverfahren zu unterzeichnen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

TOP 3 Anwendung des neuen Art. 91b GG im Hochschulbereich

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den mit Schreiben vom 19. April 2017 von den für Wissenschaft zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder vorgelegten Bericht der GWK zu Möglichkeiten der Anwendung des neuen Artikels 91b GG im Hochschulbereich (Stand 07. April 2017) zur Kenntnis.
2. Sie bekräftigen die hohe Bedeutung, die der geänderte Art. 91b GG und seine Nutzung in vielfältigen Anwendungsfeldern für die Hochschulen und für gemeinsame wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen von Bund und Ländern hat.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die GWK, die Beratungen über die Anwendungsmöglichkeiten des neuen Artikel 91b GG im Hochschulbereich fortzusetzen und spätestens im Juni 2018 den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern über den Fortgang ihrer Beratungen zu berichten.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

TOP 4 Berufung von Mitgliedern in den Wissenschaftsrat

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder benennen gemäß Artikel 4 Abs. 2 des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung des Wissenschaftsrates

Frau Prof. Dr. Ursula Münch

und

Frau Alexandra Gerlach Prinzessin zur Lippe

als gemeinsamen Vorschlag des Bundes und der Länder zur Wiederberufung bzw. zur Neuberufung in den Wissenschaftsrat durch den Bundespräsidenten für die Amtsdauer vom 01. Februar 2018 bis zum 31. Januar 2021.

2. Die Bundesregierung wird gebeten, diesen Vorschlag dem Bundespräsidenten zuzuleiten.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

TOP 5 Unterzeichnung des Studienakkreditierungsstaatsvertrag

Die anwesenden Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterzeichnen den Studienakkreditierungsstaatsvertrag. Die Regierungschefs der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein werden im Umlaufverfahren um Unterzeichnung gebeten.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

TOP 6 Verbesserung des Schutzes vor den Folgen von Naturgefahren

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sehen angesichts der Zunahme durch den Klimawandel verursachter Unwetterereignisse die gesamtstaatliche Herausforderung, zur Entlastung der öffentlichen Haushalte alternative Lösungsmodelle zu staatlichen Hilfszahlungen bei Unwetterschäden zu entwickeln. Gemeinsames Ziel ist, eine nachhaltige Balance zwischen zumutbarer Eigenvorsorge und Inanspruchnahme der Solidargemeinschaft zu finden.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sprechen sich dafür aus, die staatlichen Standards für die Vergabe von Hilfszahlungen bei Elementarschadensereignissen möglichst länderübergreifend zu regeln. Bei der Vergabe von Hilfszahlungen soll künftig berücksichtigt werden, dass nur noch derjenige mit staatlicher Unterstützung über sogenannte Soforthilfen hinaus rechnen kann, der sich erfolglos um eine Versicherung bemüht hat oder ihm diese nur zu wirtschaftlich unzumutbaren Bedingungen angeboten worden ist. Unbeschadet davon bleiben Härtefallregelungen im Einzelfall.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder halten eine ausreichende Absicherung der Bevölkerung gegen Elementarschadensereignisse aufgrund des Klimawandels für zwingend geboten. Neben baulichen Präventionsmaßnahmen kommt dabei der Absicherung durch Elementarschadensversicherungen eine wichtige Rolle zu. Eine deutliche Erhöhung der Verbreitung von Elementarschadensversicherungen ist geboten. Deshalb sprechen sie sich für folgende Maßnahmen aus:

- Die Durchführung einer bundesweiten Elementarschadenskampagne, um das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger über ihre Betroffenheit durch Unwetterereignisse zu erhöhen unter Hinweis auf die geänderten Richtlinien für die Vergabe von Hilfszahlungen bei Elementarschadensereignissen. Hiervon umfasst ist auch die Einrichtung eines Naturgefahrenportals.
 - Die zur Erhöhung der Verbreitung von Elementarschadensversicherungen ergriffenen Maßnahmen sind in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Gegebenenfalls sind alternative Handlungsoptionen zu prüfen.
 - Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen dafür, dass in von Naturgefahren besonders gefährdeten Gebieten keine oder nur möglichst wenige bauliche Vorhaben durchgeführt werden können.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs bitten die Umweltministerkonferenz, einen Sachstandsbericht auf der Grundlage ihrer Beschlüsse zur Erarbeitung einer gemeinsamen bundesweiten Elementarschadenkampagne, zum Nationalen Hochwasserschutzprogramm und zu einem bundesweiten Naturgefahrenportals durch den Bund und Länder zur Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs am 30.11.2017 vorzulegen.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 01. Juni 2017 in Berlin</p>

Ergebnisprotokoll

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Termine

22. Februar 2018	Konferenz der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder
15. März 2018	Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in Brüssel
17. Mai 2018	Konferenz der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder und Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes
14. Juni 2018	Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Besprechung mit der Bundeskanzlerin
13./14. September 2018	Jahreskonferenz der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

TOP 7.2 Standortauswahlgesetz: „Erweiterung des nationalen Begleitgremiums“ – hier: Besetzungsverfahren

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 01. Juni 2017 in Berlin**

Ergebnisprotokoll

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.3 Mobilfunkversorgung in Deutschland - Netzabdeckung verbessern

Das Thema wurde erörtert.

Protokollerklärung des Landes Brandenburg:

Brandenburg nimmt in Aussicht, das Thema nach Abschluss der Beratungen in der Wirtschaftsministerkonferenz erneut aufzurufen.